

# Zensursula und die Folgen: Ausdrucker wollen das Netz verstehen

Martin Haase

Piratiger Aschermittwoch 2010 in Ingolstadt, 17. Februar 2010

Die folgende Rede nimmt das pünktlich zum Aschermittwoch in Kraft getretene Zugangerschwerungsgesetz zum Ausgangspunkt für eine piratige Abrechnung mit dem politischen Gegner. Die Rede kann bei Autorennennung frei zitiert und wiederverwendet werden (cc-by-Lizenz).

Liebe Piraten,

pünktlich zum Aschermittwoch ist das Zugangerschwerungsgesetz durch die Unterschrift des Bundespräsidenten in Kraft gesetzt worden; doch inzwischen ist es jedem klar: Dieses Gesetz ist unnötig und gefährlich. Manche nennen es deshalb auch das „Zensurerleichterungsgesetz“. Der frühere Innenminister Wolfgang Schäuble gesteht ein, dass sich handwerkliche Fehler auf den Wahlkampf zurückführen lassen, und so will das Gesetz wohl keiner mehr – nicht einmal die SPD. Sie hat zunächst beinahe geschlossen dafür gestimmt und ist nun genauso geschlossen dagegen. Sie ist ja auch in der Opposition. Da macht sie zweifelsohne die bessere Politik. Deshalb ist sie dort auch gut aufgehoben. Ihr Zensurerleichterungsexperte Martin Dörmann propagierte zunächst das „Löschen und sperren“, dann „Löschen vor sperren“, glaubte zwischenzeitlich, für „Löschen statt sperren“ zu sein, dann war er wieder für „Löschen vor sperren“, und zwar schon immer, und heute lautet seine Devise wahrscheinlich „Löschen, äh sperren“.

Da kann man ja schon mal durcheinander kommen, daher erschienen von der Linkspartei auch nur diejenigen Abgeordneten, die wussten, worum es ging. Jedenfalls möchte man es ihnen unterstellen. Immerhin! Es war ja auch parlamentarisches Sommerfest.

Die Grünen und Grüninnen waren *eigentlich* gegen das Zensurerleichterungsgesetz, weshalb sich 15 Abgeordnete enthielten, anstatt auch dagegen zu **stimmen**. Sich zu enthalten, wenn man gegen etwas ist, kann als innovativ gelten, ist aber wenig hilfreich; es ist ein *entschiedenes Vielleicht* oder eben ein *grundsätzliches Eigentlich*. Renate Künast

äußerte sich dann auch *grundsätzlich eigentlich* gegen Computerspiele, die bei ihr *Killerspiele* heißen. Die seien ja schlimmer als Schulhofschlägereien. Im Gegensatz zu mir hat die toughe Exministerin Schulhofschlägereien *vielleicht grundsätzlich* für sich *entschieden*. Aber *eigentlich* ist man ja *grundsätzlich* für Jugendkultur, und da können Grüne und Grüninnen *entschieden vielleicht* auch *eigentlich* mal *grundsätzlich* eine LAN-Party verbieten.

Das Zensurerleichterungsgesetz erwies sich als Steigbügel der CDU/CSU für die FDP, denn hier konnten sich die Neoliberalen als Bürgerrechtspartei profilieren. Das mit den Bürgerrechten währte jedoch nicht lange, denn die neue Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger fiel mit ihrer Bürgerrechtspartei gleich beim SWIFT-Datenabgleich mit den USA um, und kann in der aktuellen Nacktscanner-Debatte gleich bequem liegen bleiben.

Nein, die FDP braucht man wohl nicht, wenn es um die Informationsgesellschaft geht. Das macht eine andere Partei besser – die CSU, wie jedenfalls der Bayernkurier mitteilte, die Prawda aus München: Unter dem vielsagenden Titel „Klartext“ setzt sich die Vize-Generalsekretärin Dorothee Bär mit der Piratenpartei und der Generation Internet auseinander. Sie nennt drei Kernthemen der Piratenpartei, die sie als Ein-Themen-Partei bezeichnet. Möglicherweise wäre sie Generalsekretärin geworden, wäre es ihr gelungen festzustellen, dass drei Themen mehr als ein Thema sind: eins – zwei – drei; möglicherweise zählt sie auch binär und hat sich auf die 20-Stelle beschränkt. Bär sieht in der CSU die Partei, die Chancen im Netz nutzt. Es wird auch höchste Zeit, denn der Artikel trägt das Datum 1. Januar 1970.

Am Ende ihres klaren Textes empfiehlt dann Frau Bär, „in vier Jahren wieder das Original [zu] wählen“. Da sie über die Piratenpartei schreibt und dann darlegt, dass man diese entzaubern wolle und auch eine Netzagenda habe, dann kann mit Original eigentlich nur das *Original* gemeint sein, nämlich die Piratenpartei. Danke für die Wahlempfehlung, Frau Bär!

Ich glaube ja erst an die Internet-Partei CSU, wenn ich das CSU-Wiki sehe und mich dort als Nicht-CSU-Mitglied kollaborativ einbringen darf. Das stelle man sich vor! Allein die Benutzerseiten der CSU-Politiker in einem Wiki. Da kann dann jeder mit-schreiben. Vielleicht auch mal die Wahrheit. Nein, dass da jeder auf den persönlichen Seiten von Seehofer, Söder und Bär herumändern kann, wird sich den Betroffenen nur schwer vermitteln lassen. Als Kompromiss schlage ich vor, dass die persönlichen Seiten im CSU-Wiki moderiert werden von jemandem, der sich mit persönlichen Informationen auskennt, z. B. Monika Hohlmeier. Sie kann dann aus den von ihr gesammelten Unterlagen noch nachlegen. Sie ist auch viel herumgekommen und ist mir als Wahloberfranke schon deshalb sympathisch, weil sie ja auch Wahl-Oberfränkin ist, wobei *Wahl* hier eine andere Bedeutung hat, und an Oberfränkin stimmt nur das Ober.

Die CSU inszeniert sich ja jetzt als Lederhosen-und-Laptop-Partei. Das ist schon besser als Nadelstreifen und Schreibmaschine bei der SPD. Der Frauenanteil in der CSU ist ja bekanntlich sehr hoch – zumindest der Anteil der Ehefrauen. Statt mit „Lederhosen und Laptop“ hätte die CSU ihre Werte auch mit einem analogen Bild modernisieren können, z. B. mit „Dirndl und Induktionskochfeld“.

Nein, das mit dem CSU-Wiki wird wohl vorläufig nichts. Die CSU wird solch neu-

modischen Grusch weiter fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Das ist sozusagen die Kernkompetenz der CSU.

Die Kompetenz der Piraten liegt hingegen nach wie vor im Netz, ist aber ausbaufähig, wie sich gerade zeigt: am Wahlprogramm in NRW, an den Antragsfabriken im Süden der Republik und den flüssigen Rückkopplungen im Norden.

Aber auch die anderen Parteien bauen ihre Kompetenzen aus – oder versuchen es zumindest. Nehmen wir zum Beispiel die CDU, über die ich noch gar nichts gesagt habe. Auch sie möchte Internetpartei werden und hat sich für die Einsetzung einer Enquête-Kommission stark gemacht, die ihr Abgeordneter Axel Fischer leiten soll. Der ist aufgefallen als engagierter Fundi-Christ und Kreationist und hat nach eigenem Bekunden keine Zeit für das Internet. Die Piratenpartei steht für Religionsfreiheit und religiöse Toleranz, aber wo ist da die Kompetenz für sein Amt? Möglicherweise hält man in der CDU die Firma Google für fast so allwissend wie Gott und wollte deshalb einen überzeugten Gotteskenner. – Googles Allwissenheit möchte ich auch nicht bestreiten.

Die CDU versucht sich neuerdings auch als Atomkraft-nein-danke-Partei – jedenfalls ihr Umweltminister Norbert Röttgen. Ich spekuliere jetzt mal, wie es dazu kam: Norbert Röttgen konnte natürlich nur in dieses Amt kommen, weil er „glühender“ Verehrer der Atomenergie war. Der „Strahlemann“ kam ins Ministerium und man zeigte ihm die Unterlagen: Asse II mit den womöglich um mehrere Stellen geschönten Milliardenbeträgen, Gorleben und Morsleben mit demselben irrigen Salzstockkonzept, Schacht Konrad, marode Anlagen usw. Da mutierte er dann schnell zum Atomkraftgegner.

Zum Vorteil der finanzstarken Atomlobby meldete sich dann gleich Reiner Brüderle, der Wirtschaftsminister, zu Wort – angesichts der Lukrativität der Angelegenheit natürlich von der FDP – und hatte einen Gastauftritt als Atomindustriebefürworter. Auch in seinem eigenen Ressort wirkt er ja bisweilen wie ein Gast, weshalb man ihn auch als Gastwirtschaftsminister beschreiben könnte.

Auch der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle beteiligt sich an den innerparteilichen Kompetenzumschichtungen: als vermeintlicher Steuerexperte wurde er Außenminister und gastiert zur Zeit in der Sozialpolitik. Als er in Deutschland spätrömische Dekadenz entdeckte, erläuterte Heiner Geisler (CDU) das so: Kaiser Caligula machte einen echten Esel zum Konsul, Angela Merkel machte Guido Westerwelle zum Chef des konsularischen Corps. Der Vergleich ist natürlich so ungerecht wie unpassend: was haben Merkel und Caligula denn gemeinsam?

Gerade im Wahlkampf wird man ja gern darauf hingewiesen, dass in Zeiten der Finanzkrise andere als unsere Kernkompetenzen wichtiger sind, besonders eben solche in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Um es CSU-konform zu formulieren: bei den traditionell wirtschaftspolitisch kompetenten Parteien hat man die Wahl zwischen Teufel und Beelzebub: denn SPD und CDU haben ihre geballte Kompetenz ja bereits bei der HSH Nordbank und der WestLB gezeigt. Wie in vielen Dingen war Berlin wieder Vorreiter auch beim Bankenskandal, aber die Krone gehört wie so oft der bayerischen Politik, die in gleich drei marode Banken verwickelt ist: BayernLB, Hypo Real Estate und Hypo Alpe Adria. Die Geschichte des Wortes *Alptraum* muss für die CSU wohl neu geschrieben werden. Die Staatsfinanzen wurden vor die Wand gefahren – auch ohne Transrapid.

Erst recht der hemmungslose Neoliberalismus der FDP hat seine visionäre Kraft verlo-

ren. Neue Ideen aus dem (Gast-) Wirtschaftsressort? Fehlanzeige! Finanzkompetenz ist auch hier nicht zu spüren. Mit OpenSource, freiem Wissen, Bildung, Infrastrukturneutralität und Infrastruktursicherung hat die Piratenpartei als einzige Partei neue Ideen für eine soziale Marktwirtschaft, die den Namen verdient.

Und dabei werden die Kernthemen der Piratenpartei immer wichtiger: Mit dem Zensurerleichterungsgesetz ist die Büchse der Pandora geöffnet worden: Es folgten ELENA, ACTA und der Jugendmedienstaatsvertrag. Unter dem Deckmantel des Jugendschutzes stehen schlimme Zensurmaßnahmen zu erwarten, gegen die wir jetzt mobilisieren müssen. Auf die FDP kann man sich da nicht verlassen, denn das „Kindernet“ und das „Bundesnetz“ sind lukrative Geschäftsmodelle.

Man kann also über die Wahlempfehlung des Bayernkuriers hinausgehen: 2008 war die Piratenpartei erstmalig *wählbar*; 2009 war sie deutschlandweit *wählbar*; die Internetausdrucker verstehen das Netz nicht und entfernen sich weiter von transparenter und partizipativer Demokratie; inzwischen ist die Piratenpartei – nicht nur für die Generation Internet – die *einzig wählbare* Partei.

Es bleibt dabei: Am 9. Mai in NRW und wohl bald auch wieder auf Bundesebene: *Klarmachen zum Ändern! Ahoi!*